**Bezugspreis**
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 2532; Geschäftsstelle Nr. 176; Nebengeschäftsstelle (Markt 24) Nr. 2265.

**Abend-Ausgabe.**

# Saale-Zeitung.

Vierzigster Jahrgang.

**Anzeigen**
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.

Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

**Nr. 17.** **Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 11. Januar** **1906.**

## Thielen †

Karl von Thielen hat die beste Kraft seines Lebens in dem vergeblichen Kampfe für die Durchdringung des großen Mittellandkanals verbraucht, ohne sein Ziel zu erreichen. Erst seinem Nachfolger, Herrn v. Budde, war es beschieden, in bescheidenerem Rahmen das durchzusetzen, wofür Thielen, so lange er Minister war, mit Entschiedenheit aber erfolglos gekämpft hat. Wie er die ihm auf parlamentarischem Wege erwachsenen Widerstände nicht zu beseitigen vermochte, so gelang es ihm auch nicht, diejenige Reformpolitik in seinem Ressort zur Durchführung zu bringen, welche er für die zweckentsprechendste und zeitgemäßeste hielt. Das Uebergewicht seines Kollegen Miquel war so groß, daß eine einigermaßen beachtenswerte Initiative seiner Ministerkollegen nicht zu gewärtigen war. Ganz besonders machte sich aber Miquels lastende Hand auf dem preußischen Eisenbahnwesen bemerkbar, indem er die Eisenbahnüberschüsse immer mehr zu Trägerinnen der Staatsausgaben gestaltete. Der „Vater aller Hindernisse" war der mächtige Mann in Preußen, der den übrigen Ressortministern das Leben sauer machte, ihr Wirken zur Unfruchtbarkeit verurteilte, und nur hier und da einmal eine geringfügige Besserung zuließ. Ueberall trat das fiskalische Interesse unter Miquels Regime in scharfer Weise hervor. In Preußen bilden die Jahre des Ueberwiegens des Miquelschen Einflusses eine überaus unfruchtbare Periode, eine Periode des Stagnierens auf allen Gebieten, der Widerstände, der Reaktion und des Scheiterns aller Projekte.

Ganz besonders schwer hatte Minister Thielen unter diesem Zustande zu leiden. Er wurde in das preußische Staatsministerium berufen im Jahre 1891, als die geplante Personentarifreform des Ministers Maybach an dem Widerstande Miquels gescheitert und Maybach zurückgetreten war. Miquel gab seine Suprematie alsbald dadurch zu erkennen, daß er einen technisch vorgebildeten Eisenbahnbeamten mit den Funktionen eines Kontroleurs des Eisenbahnministeriums als vortragenden Rat in das Finanzministerium berief. So konnte er allen Anregungen Thielens, gestützt auf fachmännische Gutachten begegnen. Nur einige Ermäßigungen des Gütertarifs konnte Thielen durchsetzen, so die Herabsetzung der Rohstofftarife für Brennstoffe. Ueber die Staffelung des Tarifs für Stückgüter, die Einführung einer zweiten Stückgutklasse, die er gleichfalls erreichte, blieben die Meinungen geteilt. Die oft geforderte Personentarifreform, die allzulange auf sich warten ließ, ist auch jetzt noch nicht erledigt. Nach Miquels Rücktritt gelang es Thielen, wenigstens die Rückfahrtkarten im Personenverkehr allgemein auf die Dauer von 45 Tagen auszudehnen. Im übrigen soll indes nicht verkannt werden, daß er ein relativ erhebliches Entgegenkommen in der Gewährung von zahlreichen Vorzugstarifen in besonderem Interesse an den Tag legte.

Die Hauptverdienste Thielens liegen auf dem Gebiete der Verwaltung, der Förderung der Technik des Eisenbahnverkehrs und der Fürsorge für die Eisenbahnbeamten und -Angestellten. Aus seiner Initiative ging die bedeutsame Reform der Staatseisenbahnverwaltung im Jahre 1895 hervor. Er führte ferner die Angliederung des hessischen Bahnnetzes an die preußische Finanz- und Betriebsgemeinschaft durch und er war es ferner, der das Kleineisenbahnwesen in geordnete Bahnen lenkte, indem er das Kleinbahngesetz zustande brachte. Als technischer Fortschritt der Thielenschen Periode ist zunächst der weitere Ausbau des preußischen Bahnnetzes zu nennen. Er führte die D-Züge in den preußischen Eisenbahnbetrieb ein, und ließ die Bahnsteigsperre zur Durchführung bringen, wofür außer dem fiskalischen Interesse auch die Besorgnis um die Sicherheit der Schaffner bestimmend war. Als weitere Sicherheitsmaßregel ist u. a. die Einführung der Luftdruckbremse zu erwähnen. Seine soziale Fürsorge für die Angestellten betätigte er durch Maßnahmen zur Besserung des Diensteinkommens und der Pensionen, durch Bewilligung erhöhten Arbeitslohnes und Verkürzung der Arbeitszeit. Ferner wurde auf seine Initiative mit dem Bau von Arbeiter- und Dienstwohnungen, sowie Erholungsstätten und sonstigen Wohlfahrtseinrichtungen begonnen. Nicht unwichtig ist ferner, daß unter seiner Verwaltung zahlreiche große Bahnhofsprachtbauten entstanden, die das deutsche Eisenbahnwesen ganz besonders auszeichnen.

Wieviel mehr hätte der rührige Minister, der gewiß ein tüchtiger Mann auf seinem Posten war, leisten können, wenn er sein Ressort ganz in den Dienst des Verkehrs hätte stellen können, wenn ihm nicht Miquel in so vielen Beziehungen einen unbesiegbaren Widerstand entgegengesetzt hätte. Die eminent partikularistische Richtung, welche das preußische Eisenbahnwesen während seiner Verwaltung charakterisiert, ist nicht auf ihn zurückzuführen. Es war die Zeit, in der das Agrarierum seine Stellung, die es auf dem Gebiete der Caprivischen Handelspolitik gefährdet sah, durch Hemmungen auf dem Gebiete der Inlandstarifpolitik zu behaupten suchte, indem es der Reichspolitik eine preußisch-partikularistische Eisenbahnpolitik entgegensetzte. Die finanziellen Hauptvorteile aus der Belebung des Handels- und Verkehrswesens, die jene Caprivische Handelspolitik dem gesamten Reiche schaffen wollte, hat Miquel — dessen Fiskalpolitik hier mit dem agrarischen Interesse zusammentraf — einzig und allein dem preußischen Staate zunutze gemacht. Das preußische Eisenbahnwesen entwickelte sich in dieser Periode zu hoher finanzieller Blüte, während die Eisenbahnverwaltungen der übrigen Bundesstaaten, nachdem Preußen den Rahm abgeschöpft hatte, zu geradezu bedauernswerten Resultaten gelangen mußten. Bei dieser Aktion Miquels leistete Thielen mehr die Arbeit eines Verwaltungschefs, als die eines persönlich bedeutsam hervortretenden Staatsmannes. Wie sehr er übrigens selbst in die Gedankengänge Miquels hineinwuchs, beweist der Umstand, daß er das Eisenbahnwesen dem einseitigen agrarischen Interesse unterordnete, als er die Aufhebung der Staffeltarife für Getreide nach dem Westen verfügte und in den Notstandstarifen des Jahres 1902 zwischen Händlern und Landwirten bezw. landwirtschaftlichen Genossenschaften Unterscheidungen einführte.

Nach Thielens Rücktritt wurde zunächst der Bau des Mittellandkanals — wenn auch in verstümmelter Form — beschlossen, ferner wurde die Personentarifreform, sowie die reichsdeutsche Betriebsmittelgemeinschaft ernstlich in Angriff genommen. Immer noch aber ist der ungesunde Zustand geblieben, daß Preußens Finanzen in der Hauptsache auf seinen Eisenbahneinnahmen basieren. F. W.

## Deutsches Reich.

### Ein Anschlag auf das Reichstagswahlrecht?

Die „Liberale Korrespondenz" schreibt: „In der Presse ist man geteilter Meinung darüber, ob den Wochenrundschauen der „Nordd. Allg. Ztg." über die innere Politik ein halb offiziöser Charakter zuzuerkennen ist oder nicht. Wir glauben diese Frage verneinen zu sollen. Neuerdings haben diese Rundschauen in der Presse eine erhöhte Aufmerksamkeit gefunden wegen ihrer regelmäßigen scharfen Stellungnahme gegen die Sozialdemokratie. Allerdings waren diese Darlegungen inhaltlich meist nur eine Phrasierung der bekannten Reichstagsreden des Herrn Reichskanzlers. In der letzten Wochenrundschau überrascht einigermaßen die apodiktische Form, in der das offiziöse Organ ein Entgegenkommen der Regierung in der preußischen Wahlrechtsfrage ablehnen zu dürfen glaubt. Nicht „falsche Nachgiebigkeit" in dieser Frage sei angebracht, sondern „ruhige, kraftbewußte Festigkeit, die sich nicht abtrotzen läßt." — Die Regierung hat im Reiche sowohl wie in Preußen — wir erinnern nur an die Sicherung der Wahlfreiheit und die Aufhebung des Verbots des Innerbindungstretens politischer Vereine — schon so oft Zugeständnisse, denen sie jahrzehntelang hartnäckigen Widerstand entgegensetzt, sich durch den Zwang der politischen Verhältnisse abtrotzen lassen müssen, daß eine solche banale Phrase auf die Parteien, die in ihrer überwiegenden Mehrheit verlangen, daß mit der Reform des von Jahr zu Jahr unhaltbarer gewordenen und immer ungerechter wirkenden preußischen Wahlrechts endlich einmal ernst gemacht werde, nicht den mindesten Eindruck machen kann.

Materiell soll ja übrigens auch die Regierung in Preußen jetzt zu Konzessionen bereit sein. Man erzählt sich in gewöhnlich gut unterrichteten politischen Kreisen einer großen Hauptstadt, daß an den maßgebenden Stellen jetzt die Absicht bestehe, einer Reform des preußischen Wahlrechts zuzustimmen, allerdings gegen — noch nicht näher bezeichnete — „Kompensationen" hinsichtlich einer Abänderung des Reichstagswahlrechts. Es haben also offenbar die seit Jahren unausgesetzt wirkenden Bestrebungen, das Reichstagswahlrecht zu verschlechtern, an den entscheidenden Stellen ein offenes Ohr gefunden und man versucht jetzt diese Aktion mit geringfügigen Konzessionen auf dem Gebiete des preußischen Wahlrechts zu verknüpfen. Die Parteien der Linken haben also allen Anlaß auf der Hut zu sein, um sich vor unliebsamen Ueberraschungen zu schützen. Denn auf das Zentrum ist, nachdem Herr Bachem im Abgeordnetenhause ganz offen heraus erklärt hat, daß das Reichstagswahlrecht, wenn es heute zur Einführung stünde, von seiner Partei keinesfalls akzeptiert werden würde, nicht der geringste Verlaß mehr." — Die Gerüchte treten doch formell wie inhaltlich zu unbestimmt auf, um daran große Folgerungen knüpfen zu können. Trotzdem ist Wachsamkeit gegen Ueberraschungen auf diesem Gebiete selbstverständlich geboten.

### Gegen die Schulvorlage.

Der pommersche Städtetag ist sich auch über seine Stellungnahme gegenüber der Schulvorlage schlüssig geworden. Nach einem Vortrage des Stettiner Stadtschulrats Dr. Nühl wurden sieben Thesen einstimmig angenommen:

1. Die Einrichtung einer besonderen Schule für die konfessionelle Minderheit kann nur dann gefordert werden, wenn dadurch nicht eine wesentliche Mehrbelastung der Gemeinden verursacht wird und die Kinder nicht durch ein minderwertiges Schulsystem in ihrer Ausbildung geschädigt werden.
2. Die Stadtgemeinden sind als solche Träger der Schullast, und es ist für sie die Bildung eines besonderen Schulverbandes auszuschließen.
3. Die Stadtgemeinden haben die zu Schulzwecken nötigen Gebäude mit der nötigen Ausstattung zu beschaffen. Sie bleiben Eigentümer des Vermögens und können darüber verfügen, soweit dies nicht den Schulzwecken widerspricht.
4. Die Lehrer und Leiter der Schulen werden in den Stadtgemeinden vom Magistrat gewählt. Die Wahlen sind von der Schulaufsichtsbehörde zu bestätigen.
5. Die Stadtschuldeputation ist das Organ, durch das die Gemeinden die ihnen durch das Gesetz vom 11. März 1872 vorbehaltene Teilnahme an der Schulaufsicht ausüben; außerdem ist sie eine städtische Verwaltungsdeputation im Sinne der Städteordnung von 1853. — Sie setzt sich zusammen aus Mitgliedern des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung und des Schulwesens kundigen Personen in gleicher Anzahl.
6. Die Stadtgemeinden sind berechtigt, neben der Stadtschuldeputation einzelne Zweige der äußeren Schulverwaltung besonderen städtischen Kommissionen oder Deputationen zu übertragen, welche ausschließlich den Bestimmungen des § 49 der Städteordnung unterworfen sind.
7. In allen Streitfällen und Schulangelegenheiten wird im Verwaltungsstreitverfahren entschieden.

### Die Wahlrechtsfrage in Sachsen.

Der Landesverein der Freisinnigen Volkspartei im Königreich Sachsen hält am Sonntag, den 28. Januar, in Dresden eine Vorstands- und Ausschußsitzung ab, auf deren Tagesordnung als Hauptpunkt die Wahlrechtsfrage steht.

### Neuer Weberstreik in Sicht.

In Leipzig droht wieder ein großer Weberstreik. Die Arbeiterschaft der Leipziger Baumwollspinnerei hatte von der Fabrikleitung die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit bei gleichzeitiger Erhöhung des Lohnes um zehn Prozent verlangt. Es kam aber zu keinen Verhandlungen zwischen der Organisation und der Fabrikleitung, weil bereits zwischen dieser und dem Arbeiterausschuß des Etablissements solche schwebten. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist nicht bekannt gegeben. Diese Verzögerung veranlaßte eine Versammlung von mehr als 1000 Arbeitern und Arbeiterinnen, an die Direktion nochmals das dringende Ersuchen um umgehenden Bescheid zu richten. Die Stimmung der Versammelten war eine sehr kampfesmutige und ging dahin, die Forderungen gegebenenfalls durch Streik zu erzwingen. Einige andere große Betriebe haben diese bereits bewilligt.

### Aus dem preußischen Staatshaushalts-Etat für 1906.

Bei den staatlichen Betriebsverwaltungen ist im Ordinarium ein Mehrüberschuß von überhaupt 71,552,785 M. veranschlagt. Von den Mehrüberschüssen entfallen 48,488,425 M. auf die Eisenbahnverwaltung, deren Einnahmen um 115,498,341 Mark höher veranschlagt sind, und zwar um 35,440,000 M. bei dem Personen- und um 72,960,000 M. bei dem Güterverkehr, während an dauernden Ausgaben 67,009,916 M. mehr angesetzt sind. Von den Mehrausgaben sind hervorzuheben: 12,382,900 Mark Besoldungen und Wohnungsgeldzuschüsse, insbesondere für 8531 neue etatsmäßige Stellen, 10,526,500 M. für Hilfsarbeiter, 16,146,000 M. für Betriebsmaterialien, 8,506,000 M. für den Oberbau, 9,526,000 M. für Betriebsmittel, 2,400,800 M. an Steuern, Kommunalabgaben usw. und 1,057,000 M. Anteil Hessens an den Ergebnissen der gemeinschaftlichen Verwaltung des preußischen und hessischen Eisenbahnbesitzes.

Bei der Verwaltung der direkten Steuern ist der Mehrüberschuß auf 13,170,900 M. veranschlagt, indem u. a. die Einnahmen aus der Einkommensteuer um 11,000,000 M. und aus der Ergänzungssteuer um 2,500,000 M. höher in Ansatz gebracht sind, während die Ausgaben die Steigerung um 355,600 Mark aufweisen.

Die Forstverwaltung bringt einen Mehrüberschuß von 4,522,000 M. Die Einnahmen für Holz sind um 5,000,000 M. gesteigert. Bei den Ausgaben erscheinen die Bezüge neuer Stellen für 122 Oberförster ohne Revier, um die Forstassessoren mit einem mindestens achtjährigen Assessordienstalter etatsmäßig anstellen zu können. Im Extraordinarium ist wiederum ein Zuschuß von 4,000,000 M. zu dem ordentlichen Grundstückankaufsfonds vorgesehen.

Bei der Verwaltung der indirekten Steuern ergibt sich ein Mehrüberschuß von 3,155,000 M., der sich aus einer Mehreinnahme von 4,181,000 M. und einer Mehrausgabe von 1,026,000 M. zusammensetzt. Von Mehreinnahmen sind zu erwähnen 3,000,000 M. an Stempelsteuer, von Mehrausgaben 431,450 M. zur Ergänzung der Besoldung der im Etatsjahre 1905 aus Anlaß der Einführung des neuen Zolltarifs errichteten neuen Beamtenstellen auf den vollen Jahresbetrag, ferner die Gehälter für außerdem notwendig werdende neue Stellen für 555 mittlere Beamte.

Bei der Seehandlung konnte infolge Erhöhung des Grundkapitals ein um 1,117,100 M. erhöhter Geschäftsgewinn in Aussicht genommen werden.

Ein Mehrüberschuß von 805,910 M. erscheint bei der Domänenverwaltung. Durch den Zugang von 54 neu angekauften Domänen entsteht eine Mehreinnahme von 620,600 M. und durch die Neuverpachtung älterer Domänen eine solche von 43,505 M. 5 Domänen sind teils durch Verkauf, teils durch Uebertragung auf andere Verwaltungen oder durch Auflösung in Abgang gekommen.

Bei der Münzverwaltung ist entsprechend der in Aussicht genommenen stärkeren Ausmünzung ein Mehrüberschuß von 304,550 M. in Ansatz gebracht.

Die Lotterieverwaltung weist einen Mehrüberschuß von 206,650 M. auf, der durch den Anschluß mehrerer Staaten an die preußische Lotterie und die dadurch bedingte Vermehrung der Lose verursacht wird.

Der Minderüberschuß der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung von 217,750 M. setzt sich aus einer Mehreinnahme von 14,661,890 M. und einer Mehrausgabe von 14,879,640 M. zusammen. Unter den Einnahmen und Ausgaben erscheinen neu die Einnahmen und Ausgaben der Bernsteinwerke mit 3,312,450 M. bezw. 1,903,890 M., die vom Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung auf den Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung übertragen worden sind. Losgelöst von dieser Uebertragung schließt der Etat der Berg- usw. Verwaltung mit einem Minderüberschuß von 1,626,310 M. ab. Dieser Minderüberschuß findet darin seine Erklärung, daß für das nächste Rechnungsjahr bei den Staatswerken erhebliche Mehrbeträge für Neu- und Erweiterungsbauten vorgesehen werden mußten und daß die Ausgabefonds (insbesondere für Materialien und Löhne) durch die für die Weiterentwicklung der neuen Anlagen in Oberschlesien und Westfalen erforderlichen Aufwendungen, denen entsprechende Mehreinnahmen bis auf weiteres noch nicht gegenübergestellt werden können, stark belastet sind.

Die Totalionen und die allgemeine Finanzverwaltung weisen einen Mehrbedarf von 1,909,895 M. auf. Die Verwaltung der öffentlichen Schuld erfordert eine Mehrausgabe von 6,285,637 M.; zur Verzinsung sind 5,200,328 M. und zur gesetzlichen Tilgung 987,977 M. mehr veranschlagt. Dagegen ergibt sich bei der allgemeinen Finanzverwaltung ein Minderbedarf von 4,354,978 M., indem Mehreinnahmen von 13,180,507 M. Mehrausgaben von 8,825,529 M. gegenüberstehen. Den bezüglichen Ansätzen in dem Entwurf zum Reichshaushalts-Etat für 1906 entsprechend, sind die Ueberweisungen vom Reiche um 5,656,290 M. und der Matrikularbeitrag um 5,515,647 M. höher eingestellt. Außerdem sind die Einnahmen an hinterlegten Geldern und die Rückzahlung an solchen, dem Durchschnitt der letzten beiden Rechnungsjahre entsprechend, gleichmäßig um 3,000,000 M. gesteigert. Der Ueberschuß der Mehreinnahmen über die Mehrausgaben wird im wesentlichen dadurch verursacht, daß die Einnahmen des vormaligen Staatsschatzes um 1,227,000 Mark höher angesetzt werden konnten und die Dividende für die vom Staat erworbenen Aktien der Bergwerksgesellschaft „Hibernia" mit 2,797,687 M. erstmalig zur Einstellung gelangt ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19060111025/fragment/page=0001

Bei den eigentlichen Staatsverwaltungen ist die Einnahme, wie bereits oben angegeben, um insgesamt 9,466,907 M. höher veranschlagt. Das Mehr setzt sich aus Mehreinnahmen von 12,937,389 M. und aus Mindereinnahmen von 3,470,482 M. zusammen. Von den Mehreinnahmen erschehnen u. a. 4,935,912 Mark bei der Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen gegenüber einer gleich hohen Mehrausgabe, 2,720,650 M. bei der Bauverwaltung, 1,335,590 Mark bei der Justizverwaltung und 3,107,410 M. bei der Verwaltung des Innern; bei dieser Verwaltung ist eine Mehreinnahme von 2,076,480 M. zu Beihilfen für unterstützungsbedürftige ehemalige Krieger angesetzt, der eine Mehrausgabe von gleichem Betrag gegenübersteht. Der überwiegende Teil der Mindereinnahmen erscheint bei der Handels- und Gewerbeverwaltung und ist dadurch veranlaßt, daß die Einnahmen der Bernsteinwerke, die für 1905 zu 3,537,000 M. hier veranschlagt waren, auf den Etat der Bergusw. Verwaltung übertragen worden sind. Die dauernden Ausgaben bei den eigentlichen Staatsverwaltungen erhöhen sich, wie ebenfalls bereits oben bemerkt, um 41,177,433 M.

In dem Etat des Finanzministeriums sind an Mehrausgaben 13,081,036 M. vorgesehen, und zwar 650,875 M. für die Oberpräsidien und Regierungen, darunter die Bezüge für 29 neue Regierungsmitglieder usw., 100,000 M. für Bureauhilfsarbeiter, 80,000 M. für Bureaubedürfnisse und 400,000 M. zur Verstärkung des Fonds zu Diäten, Fuhr- und Verletzungskosten; ferner 2,400,000 M. für Zivilpensionen, 1,100,000 M. zu gesetzlichen Witwen- und Waisengeldern, 527,000 M. Vergütung an die Reichspostverwaltung für aversionierte Porto- und Gebührenbeträge, 100,000 M. zu widerruflichen, nicht pensionsfähigen Gehaltszulagen an die in der Provinz Posen und den gemischtsprachigen Kreisen der Provinz Westpreußen angestellten mittleren, Kanzlei- und Unterbeamten und 8,402,298 M. zur Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für die Unterbeamten.

Bei der allgemeinen Bauverwaltung erscheint eine Mehrausgabe von 2,950,328 M., wovon 1,679,500 M. auf die Rhrichsschiffahrtverwaltung und Verwaltung der Duisburg-Ruhrorter Häfen entfallen und durch entsprechende Mehreinnahmen bei diesen Verwaltungen gedeckt werden. Der Rest von 1,270,828 M. enthält die Bezüge für die infolge der wasserwirtschaftlichen Gesetze erforderlichen Baubeamten, nämlich 11 Regierungs- und Bauräte, 15 Bauinspektoren, 25 Regierungsbaumeister und Bauführer und 39 mittlere technische Beamte. Außerdem werden neu vorgesehen die Gehälter für 14 höhere und 41 mittlere technische Beamte, 242,698 M. für Dienstaufwandsentschädigungen usw., 70,000 M. zur Verstärkung des Fonds für bautechnische Hilfskräfte, 279,500 M. zur Unterhaltung der Seehäfen und Binnenhäfen und 80,000 M. zur Verstärkung des Fonds zu Stellvertretungs- und Verletzungskosten.

Bei der Handels- und Gewerbeverwaltung ist die dauernde Ausgabe, wenn man die Minderausgabe von 1,745,194 M. aus Anlaß der Uebertragung der Bernsteinwerke auf die Berg- usw. Verwaltung außer Betracht läßt, um 426,456 M. gestiegen; insbesondere treten hinzu 279,659 M. für das gewerbliche Unterrichtswesen, darunter 183,359 M. zur Unterhaltung gewerblicher Fachschulen, 62,600 M. zur Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte für die Fortbildungs- und Fachschulen und 20,000 M. zur Verstärkung des Dispositionsfonds zur Förderung des gewerblichen Unterrichts usw., speziell zur Errichtung einer Zentralstelle für Volkswohlfahrt gemäß dem Beschlusse des Hauses der Abgeordneten vom 6. April 1905.

Die dauernde Mehrausgabe der Justizverwaltung stellt sich auf 5,187,400 M., darunter sind enthalten die Gehälter für neue Stellen für 215 Richter und Staatsanwälte, 310 Bureaubeamte usw., ferner 1,015,950 M. für ständige Hilfsarbeiter im Kanzleidienst, darunter 400,000 M. zur Aufbesserung der Bezüge der ständigen Kanzleigehilfen, 386,825 M. für Hilfsarbeiter und Stellvertreter in allen Dienstzweigen mit Ausschluß des Kanzleidienstes, 326,900 M. zu Bureaubedürfnissen und 460,000 M. bare Auslagen in Zivil- und Strafsachen.

Bei der Verwaltung des Innern sind an Mehrausgaben veranschlagt, abgesehen von den in Mehreinnahmen gedeckten Mehrausgaben von 2,076,480 M. an Beihilfen für unterstützungsbedürftige ehemalige Krieger, überhaupt 4,619,160 M., davon namentlich 292,800 M. zur allgemeinen Erhöhung der Fuhrkostenentschädigungen der Landräte, 1,861,211 M. für die kündbaren Polizeiverwaltungen, darunter die Gehälter für 456 neue Stellen und 573,025 M. zu Stellenzulagen für Beamte der Schutzmannschaft, ferner 318,976 M. für die Landgendarmerie, einschließlich 76,500 M. zu Stellenzulagen insbesondere für die Gendarmen in den Industriebezirken, 1,460,482 M. allgemeine Ausgaben im Interesse der Polizei, darunter 1,250,000 M. für die Fürsorgeerziehung Minderjähriger, endlich 591,449 M. für die Strafanstaltsverwaltung.

Bei der landwirtschaftlichen Verwaltung sind an dauernden Ausgaben 1,568,337 M. mehr ausgebracht, darunter 669,943 M. für die Generalkommissionen, 287,063 M. für die landwirtschaftlichen Lehranstalten, 130,063 M. für die tierärztlichen Hochschulen und das Veterinärwesen, 95,000 M. für die Förderung der Viehzucht und 234,620 M. für Landesmeliorationen usw. Außerdem ist wie im Etat des laufenden Jahres ein Betrag von 500,000 M. im Extraordinarium als Verstärkung des Dispositionsfonds zu Prämien bei Pferderemonen vorgesehen.

Bei der Güterverwaltung hat sich die dauernde Ausgabe um 764,291 M. erhöht, darunter befindet sich ein Betrag von 400,000 M. zur Verstärkung des ordentlichen Pferdeankaufsfonds; daneben ist im Extraordinarium wiederum ein Zuschuß zu diesem Fonds, und zwar in der Höhe von 400,000 M. vorgesehen.

Von den dauernden Mehrausgaben bei der Verwaltung der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten im Gesamtbetrage von 7,339,624 M. sind zu erwähnen: 300,824 M. für evangelische Geistliche und Kirchen, 409,433 M. für die Bischöfe, 422,912 M. für die Universitäten, 187,720 M. für die höheren Lehranstalten, 4,989,857 M. für das Elementarunterrichtswesen, darunter der Mehrbedarf für 7 neue Seminare und 6 neue Präparandenanstalten, 500,000 M. behufs allgemeiner Erleichterung der Volksschulasten, 2,870,000 M. zu Beihilfen an Schulverbände wegen Unvermögens für die laufenden Ausgaben der Schulunterhaltung, einschließlich 2,250,000 M. zur Aufbesserung der Bezüge der geringbesoldeten Volksschullehrer, 220,000 M. zu Zuschüssen für die Alterszulagekassen der Volksschullehrer und Lehrerinnen, 300,000 M. zur Errichtung neuer Schulstellen, 455,000 M. zu Witwen- und Waisengeldern für die Hinterbliebenen von Volksschullehrern; ferner 274,359 M. für Kunst und Wissenschaft, 264,440 M. für das technische Unterrichtswesen und 269,846 M. für das Medizinalwesen, darunter 250,000 M. zur Ausführung des Gesetzes, betreffend die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten.

Von den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben entfallen auf die Betriebsverwaltungen 160,551,660 M., darunter 146,178,200 M. auf die Eisenbahnverwaltung, und auf die eigentlichen Staatsverwaltungen 76,391,984 M.

### Politisches.

— Der verstorbene Unterstaatssekretär der Reichslande, Dr. v. Schraut war der Sohn eines einfachen bayerischen Metzgermeisters. Eine Frucht der Einheitsschule, dieser nicht hoch genug zu schätzenden demokratischen Institution zu Bayern war es, daß die Söhne des schlichten Handwerksmeisters ohne Bedenken als Regierungsassessoren angenommen wurden und nach Maßgabe ihrer Befähigung eine glänzende Karriere machen konnten. Ein Bruder ist vor wenigen Tagen als Regierungspräsident in Bayern gestorben; bei seiner Beerdigung hat sich der Unterstaatssekretär der Reichslande einen Bronchialkatarrh zugezogen, der den tödlichen Ausgang nahm. In Preußen, wo sich das höhere Beamtentum in der überwiegenden Mehrheit aus den feudalen Kreisen rekrutiert, wäre ein derartiges Avancement von Söhnen eines einfachen Handwerkers wohl unmöglich gewesen. Der preußische Kastengeist ist nicht zum wenigsten ein Grund dafür, daß es mit den „moralischen Eroberungen" der Vormacht im deutschen Reiche bei der Bevölkerung der süddeutschen Staaten, die auf ihre demokratischen Institutionen mit Recht stolz sind, noch immer recht schlecht bestellt ist.

### Parlamentarisches.

— In der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags machen sich schon wieder Verschleppungstendenzen bemerkbar. Die Kommission ist gestern überhaupt zum erstenmale in der neuen Session zusammengetreten, hat sich aber nach Erledigung einiger Formalien sofort wieder bis zum 24. d. Mts. vertagt. Der konservative Abg. v. Oertzen, der für die nächste Sitzung der Kommission, die am 17. stattfinden sollte, zum Referenten bestellt war, erklärte, daß er an diesem Tage in Privatgeschäften auf mehrere Tage nach Mecklenburg reisen müsse. Sein Fraktionsgenosse Dietrich schlug vor, die Sitzungen lieber bald für die ganze übernächste Woche ausfallen zu lassen und erst am 24. mit der Wiederaufnahme der Beratungen zu beginnen. Die nur sehr schwach besuchte Kommission stimmte diesem Vorschlage zu. In den Arbeitsdispositionen wurde ferner gegen die vorige Session eine Aenderung dahin getroffen, daß die Kommission vom 24. ab regelmäßig am Mittwoch, Donnerstag und Freitag beraten soll. Großes Befremden erregte es bei den Kommissionsmitgliedern der Linken, daß die Akten über die Wahl des in Kolberg-Köslin gewählten konservativen Abgeordneten Malkewitz, des Gegenkandidaten von Dr. Barth, über die die Kommission schon vor Jahresfrist amtliche Erhebungen beschlossen hat, noch immer nicht an den Reichstag zurückgelangt sind.

— Die Budgetkommission des Reichstages hat gestern ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Der Vorsitzende Gamp bat die Kommission, nur die budgetären Verhältnisse zu prüfen und nicht in anderer Richtung zu sehr abzuweichen. Hierauf wurden die einmaligen Ausgaben der Reichs-, Post- und Telegraphenverwaltung nach den Erläuterungen des Staatssekretärs von Krätke, sowie die übrigen Titel debattelos genehmigt. Beim außerordentlichen Etat gab Staatssekretär von Krätke auf eine Anfrage des Abg. Bachem Mitteilungen über die Rentabilität der einzelnen postalischen Einrichtungen. Der Telegraphen- und Telephondienst seien nicht rentabel; sie erforderten einen Zuschuß von 18 Millionen Mark. Bei dem Titel Porto und Telegrammgebühren beantragten die Mitglieder des Zentrums eine Resolution, nach der 1. Paketsendungen an und von Personen des Soldatenstandes bis zu 5 Kilo, soweit solche Pakete dem eigenen Bedarfe dieser Personen dienen, von der Portogebühr freizulassen sind 2. im Interesse der Landbevölkerung eine weitergehende Verbilligung der Telephoneinrichtung herbeizuführen ist. Abg. Müller-Fulda fragte, ob sich nicht der Uebergang zum 5-Pfennig-Briefporto bewerkstelligen lasse. Staatssekretär von Krätke erwiderte, die Ermäßigung des Portos sei bei der jetzigen Finanzlage nicht möglich, auch an dem Fortfall des Bestellgeldes sei zurzeit nicht zu denken. Abg. Südekum beantragte, das Bestellgeld abzuschaffen. Heute Weiterberatung.

— Die Verhandlungen über die Duell-Interpellation des Zentrums im Reichstage ist auf Wunsch des Kriegsministers, der durch einen Todesfall in seiner Familie für diese Woche behindert ist, auf Montag nächster Woche verschoben worden.

— Im Abgeordnetenhause sind die Geschäftsdispositionen dahin getroffen, daß am nächsten Sonnabend die erste Lesung des Etats beginnen, am Montag fortgesetzt und Dienstag beendet werden soll. Der Rest der nächsten Woche soll sitzungsfrei bleiben. Am Montag den 22. Januar soll die erste Lesung der Knappschaftsnovelle erfolgen, während am Dienstag, den 23. Januar, mit der zweiten Lesung des Etats angefangen werden soll. In bezug auf die Etatsberatung ist unter den Parteien eine Einigung dahin erzielt, daß die Beratungszeit für die einzelnen Etats, wie im vorigen Jahre, kontingentiert wird. Der Etat soll nach dieser Vereinbarung unbedingt bis zum 17. März fertiggestellt werden. Für die ersten fünf Wochen sind dabei eine ganze Anzahl freier Tage in Aussicht genommen, damit die Kommissionen genügend Zeit für die Beratungen haben.

### Volksschule.

— Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberatung des Volksschulunterhaltungsgesetzes begann gestern, wie schon kurz gemeldet, unter Vorsitz des freikonservativen Abg. Viereck ihre Beratungen. Zunächst wurde der Geschäftsplan festgestellt. Danach soll zuerst über die Abschnitte 1, 2 und 6, die sich auf die Schulkosten, ihre Träger, ihre Verteilung und deren Organisation im Etat usw. beziehen, beraten werden. Dann folgen die Abschnitte 3, 4, 5 und 7. Vorbergehen soll eine Beratung über die Frage der Verfassungsmäßigkeit des Entwurfs. Dagegen soll eine allgemeine Besprechung der Grundlage des Gesetzentwurfs nicht stattfinden. Berichterstatter ist der konservative Abg. Kreth. In Aussicht genommen ist, daß bis zum 10. Februar zwölf volle Sitzungstage zur Verfügung stehen sollen; von Abendsitzungen will man absehen. Die Frage der Verfassungsmäßigkeit erstreckt sich zunächst auf den Inhalt des Artikels 26, der vorschreibt, daß das ganze Unterrichtswesen durch ein Gesetz geregelt werden soll. Es entsteht daher die Frage, ob ein einzelner Teil gesondert behandelt werden kann. Die Praxis des Hauses ist bisher verschieden gewesen. Im Jahre 1886 hat man beim Gesetz über die Anstellung der Lehrer in Posen und Westpreußen eine Aenderung des Artikels 112 der Verfassung beschlossen, der festsetzt, daß bis zum Erlaß des Unterrichtsgesetzes der bisherige Zustand bleiben solle. Später, im Jahre 1897 beim Lehrerbesoldungsgesetz, ist man der Auffassung gewesen, daß die Sonderregelung der Materie nach der Verfassung zulässig ist. Für den Kommission ist man auf konservativer Seite der Ansicht, daß mit dem Sinne des Artikels 112 ein besonderes Gesetz über einen bestimmten Teil des Volksschulwesens wohl übereinstimme. Andere Mitglieder der Kommission (Zentrum und Freisinnige) vertreten die entgegengesetzte Auffassung, wie dies auch schon im Plenum geschehen ist. Noch andere (Nationalliberale) sind der Meinung, daß eine zwingende Notwendigkeit nicht vorliege, den jetzigen Gesetzentwurf als eine Verfassungsänderung anzusehen. Aber Artikel 26 der Verfassung sei so zu ändern, daß allgemein vorgeschrieben werde, daß das Unterrichtswesen nur noch gesetzlich, nicht mehr lediglich auf dem Verordnungswege zu regeln sei. Die Freikonservativen sind prinzipieller der Ansicht, daß eine Verfassungsänderung nicht vorliegt. Die Regierung entwickelt noch einmal ausführlich ihren Standpunkt, daß eine Aenderung der Verfassung nicht vorliege, und beruft sich einmal auf die Praxis des Landtages, sodann auf die Gutachten der Rechtsgelehrten. Uebrigens wird von konservativer Seite betont, daß man eine etwa vorgeschlagene Aenderung der Verfassung — eine Aufhebung des Artikels 26, wie das Zentrum wolle, oder eine Umgestaltung dieses Artikels, wie die Nationalliberalen sie befürworten — gründlich prüfen werde. Gegen die Ausführungen der Regierung wendet man sich auf freisinniger Seite. Von den Gegnern der Verfassungsänderung wird noch betont, daß ein Beschluß, der gegenwärtige Entwurf stehe mit der Verfassung nicht im Einklang, auch eine rückwirkende Kraft auf die früheren ähnlichen Gesetze in bezug auf das Volksschulwesen ausüben würde. Dagegen wird hervorgehoben, daß es sich dabei um eine Regelung der materiellen Verhältnisse gehandelt habe, während man jetzt zum ersten Male daran gehe, ein Gesetz zur Ausführung der Verfassungsbestimmungen zu erlassen. Es wird betont, daß auch durch die jetzige Debatte erwiesen werde, eine wie große Unsicherheit auf diesem Gebiete herrscht und daß daher eine Regelung notwendig sei. Von nationalliberaler Seite liegen folgende Anträge vor: 1. Das gesamte Unterrichtswesen ist im Wege der Gesetzgebung zu regeln. 2. Bis dahin bewendet es bei den jetzt geltenden Bestimmungen. Danach trat eine Pause ein.

### Berg- und Hüttenwesen.

— Daß die Notwendigkeit einer Reform der Knappschaftsgesetzgebung auch von der Regierung anerkannt wird, zeigt die Tatsache, daß die preußische Regierung sich zur Vorlegung eines diese Materie neu regelnden Gesetzentwurfes entschlossen hat, der noch in diesem Monat zur Verhandlung kommen wird. Ein prinzipielles Bedenken ist freilich schon jetzt geltend zu machen. Der Entwurf hätte nicht dem Landtage, sondern dem Reichstage vorgelegt werden müssen. Nur die Reichsgesetzgebung vermag das Knappschaftsrecht modernen Verhältnissen entsprechend für ganz Deutschland einheitlich zu organisieren. Schon auf dem letzten Bergmannstag im März 1905 war angeregt worden, beim Erscheinen der neuen Knappschaftsnovelle einen weiteren allgemeinen Bergmannstag einzuberufen. Dem Vernehmen der „Westdeutschen Abendpost" nach, des neu gegründeten Organs der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine im Bezirk Düsseldorf, ist sich jedoch die Siebener-Kommission jetzt schlüssig geworden, davon abzusehen. Es scheint allerdings eine Geneigtheit darüber zu bestehen, vor der Beratung der Novelle im Landtage durch eine allgemeine Revierkonferenz die Wünsche der Arbeiter zur Geltung zu bringen.

### Militär- und Zivilbeamte.

— Die in der Thronrede angekündigte Novelle zum Gesetz betreffend die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen an die unmittelbaren Staatsbeamten ist dem Abgeordnetenhause zugegangen. Nach diesem Entwurf erhalten die Unterbeamten an Wohnungsgeldzuschuß per Jahr vom 1. April 1906 ab in Berlin 360, Servisklasse I 270, II 216, III 162, IV 108 Mark. Gegenüber dem alten Gesetz bedeutet dies eine Erhöhung von 50. v. H. Die Regierung ist, wie die Begründung feststellt, zu dieser Erhöhung geschritten, weil die Mietpreise für kleine Wohnungen seit 30 Jahren eine beträchtliche Steigerung erfahren haben. Die Unterbeamten sollen nicht mehr genötigt sein, trotz der inzwischen erfolgten Aufbesserung ihrer Gehälter, einen unverhältnismäßig großen Bruchteil ihres Gesamtdiensteinkommens zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses zu verwenden. Eine Deckung des vollen Mietaufwandes herbeizuführen, ist der Zuschuß nicht bestimmt; die Differenz zwischen Aufwand und Zuschuß soll aber möglichst klein sein. Von einer Beschränkung der Erhöhung des Zuschusses auf diejenigen Unterbeamten, welche mit Familie einen eigenen Haushalt führen, ist abgesehen worden. Der Mehraufwand beläuft sich auf 8,102,289 Mark.

## Ausland.

### Deutscher Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn.

In der gestrigen gemeinsamen Ministerkonferenz in Wien wurde, wie die „Neue Fr. Pr." meldet, eine Vereinbarung erzielt, wonach trotz der fehlenden Genehmigung der ungarischen Gesetzgebung vorgegangen werden soll und sowohl der autonome Zolltarif als auch die ratifizierten Verträge am 1. März in Ungarn in Kraft gesetzt werden sollen. In Oesterreich werden der Zolltarif und die Verträge ordnungsgemäß promulgiert werden. Der Vertrag wird vom Kaiser unterschrieben, worauf er zur Unterfertigung nach Berlin geht. Mit Bezug darauf wurde ein vom Reichsrate beschlossenes Gesetz vom Kaiser sanktioniert. Es soll im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden. Da die Zustimmung des ungarischen Parlaments noch aussteht, wird der Vertrag in Ungarn im Verordnungswege eingeführt.

### Die Krisis in Ungarn.

Der Anklagesenat in Debreczin hat zwei wegen des Ueberfalls auf den Obergespan Kovacs verhaftete Personen freigelassen. Neuerdings sind zwei Arbeiter, die den Obergespan tätlich beleidigt haben, verhaftet worden.

### Englisch-deutsche Versöhnungsaktion.

Die Londoner Handelskammer gab gestern ein Festmahl, an dem u. a. Vertreter deutscher und österreichischer Handelskammern sowie anderer Nationen teilnahmen. Der Vizepräsident begrüßte die fremden Gäste. Der Vizepräsident der Berliner Handelskammer von Mendelssohn überbrachte herzliche Grüße der Berliner Handelskammer und sub die Vertreter der Londoner Handelskammer ein, an der Versammlung der Handelskammer in Berlin am 15. d. M. teilzunehmen. Der Vizepräsident der Londoner Handelskammer nahm die Einladung an.

### Der Wahlkampf in England.

Der englische Kriegsminister Haldane hielt am Mittwoch abend in Dunbar eine Rede, in der er ausführte, daß die liberale Partei nicht den Wunsch nach einem Kriege hege. Sie wünsche ernstlich den Frieden, nicht nur für sich selbst, sondern auch für ihre Nachbarn; aber wenn sie auch den Frieden wünsche, so müßten doch einige Vorsichtsmaßregeln getroffen werden. Wir sichern den Frieden nicht, wenn wir schwach sind, sondern wir müssen stark sein und unsere Armee in schlagfertigem Zustande erhalten, bis der Zeitpunkt gekommen ist, von dem ich erhoffe, daß er kommen wird, an dem die Völker einsehen werden, wie töricht es ist, ihre großen Kriegsrüstungen aufrecht zu erhalten, und die Arbeit ihrer Industrie und das Geld ihrer Untertanen nutzbringenderen Arten der Tätigkeit zuwenden. Bis dahin ist es unsere Aufgabe, die Armee und die Flotte so stark als möglich zu erhalten als ein Werkzeug des Friedens, dessen Aufgabe es ist, den Frieden in der Welt aufrecht zu erhalten.

### Die Wirren in Rußland.

Die deutsche Adelsgenossenschaft erläßt durch ihren Vorstand, den Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, und den Hausminister v. Wedel, an ihre Mitglieder einen Aufruf um Beiträge zur Unterstützung der aus Rußland vertriebenen deutschen Edelleute, die sich in hilfsbedürftiger Lage befinden. Sie fordert die Unterstützungsbedürftigen auf, sich zu melden. Sie will im Einvernehmen mit dem Hilfsausschuß für die notleidenden Deutschen Rußlands handeln und bittet Gutsbesitzer, welche geneigt sind, vertriebene Familien oder einzelne Personen auf ihren Gütern aufzunehmen, hiervon unter Angabe der Bedingungen Kenntnis zu geben.

## Provinzialnachrichten.

*,* Weißenfels, 10. Jan. (Die heutige Stadtverordneten-Versammlung) wählte zu ihrem Vorsteher, und zwar zum ersten Male, Kaufmann Karl Heyland einstimmig wieder. Neu wurde als Stellvertreter Mühlenbesitzer Beilschmidt gewählt. — Die Versammlung beschäftigte sich mit einem Dringlichkeitsantrage, der sich auf die Beschickung der Städtetage bezieht und vorsieht, daß die städtischen Körperschaften Stellung zu der vorliegenden Tagesordnung, soweit sie städtische Interessen berührt, Stellung nehmen und die beauftragten Vertreter mit gewissen Mandaten versehen werden, die der Meinung des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung entsprechen. Aus den Beratungen ist zu erwähnen, daß bei der städtischen Vertretung Stimmung gegen die Paragraphen des Schulunterhaltungsgesetzes vorhanden ist, soweit die Selbstverwaltung der Städte eingeschränkt werden soll. Von einer besonderen Beschickung der Städtetage in Magdeburg und Berlin wurde abgesehen.

* Erfurt, 11. Jan. (Eine Anleihe) von 7 Millionen für städtische Neubauten hält der Magistrat außer den bereits geforderten von 4 Millionen für Stadterweiterungszwecke erforderlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19060111025/fragment/page=0002

* **Wiehe**, 11. Jan. [Bahnprojekt.] Wie die „Goldene Aue und Finne" vernimmt, soll der Bau einer normalspurigen Eisenbahn von Jena über Apolda, Buttstädt, Kaltenberg, Wiehe, Donndorf, Allstedt nach Sangerhausen geplant sein. Um deshalb mit den maßgebenden Faktoren in Verbindung zu treten, bereiste am Sonnabend Erster Bürgermeister Stegmann aus Apolda die in Frage kommenden größeren Orte. Nach Roßleben waren am Sonntag Vertreter der Gemeinden Allstedt und Schönewerda-Esmannsdorf gekommen, um in einer Versammlung im Thüringer Hof Stimmung für das Bahnprojekt Allstedt-Roßleben zu machen. Herr Bürgermeister Berger-Allstedt besprach die Vorteile der projektierten Bahn. Dringend sei das Projekt deshalb geworden, weil die Gewerkschaft „Thüringen" zu Heygendorf den Bau einer eigenen Gewerkschaftsbahn mit Anschluß in Niederröblingen plane. Im Falle der beschleunigten Ausführung der Strecke Allstedt-Roßleben würde die genannte Gewerkschaft jedoch den Bau nach Niederröblingen fallen lassen und nur ein kurzes Anschlußgleis herzustellen brauchen. Daß die Gewerkschaft mithin als Hauptinteressent einen großen Teil der vom Eisenbahnministerium geforderten Leistungen tragen würde, sei klar. Die Roßleber Herren standen dem Projekt zunächst kühl gegenüber; sie waren der Ansicht, daß infolge der Geländeschwierigkeiten einerseits das Eisenbahnministerium die Bahn wahrscheinlich nach Donndorf nach Wiehe leiten würde, andernteils aber sei die Gemeinde Roßleben infolge anderweiter dringender Aufgaben nicht gut in der Lage, Aufwendungen für eine zweite Bahn zu machen. Es würde aber möglich sein, daß die hier vertretenen Großindustrien die erforderlichen Zuschüsse aufbringen.

* **Stadtfurt**, 11. Jan. [Bürgermeisterwahl.] In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurde mit 25 von 32 Stimmen der jetzige Bürgermeister Reinhardt auf eine zwölfjährige Amtstätigkeit wiedergewählt.

* **Egeln**, 11. Jan. [16jährige Brandstifterin.] Durch die Untersuchung über den im hiesigen Diakonat unternommenen Brandstiftungsversuch ist festgestellt worden, daß es sich nicht um einen Einbruch fremder Personen handelte, da das Fenster, durch das die vermeintlichen Einbrecher eingestiegen sein sollten, nur von innen geöffnet sein konnte. Auf Grund dieser Feststellung wurde die Untersuchung energisch weiter geführt und schließlich gestand das etwa 16jährige Dienstmädchen E. L. von hier, den Brand verursacht zu haben. Das leichtsinnige Mädchen hatte einige Male Vorwürfe erhalten und deshalb die Tat begangen. Sie ist verhaftet worden.

* **Tangermünde**, 11. Jan. [Unglücksfall.] Als vor einigen Tagen beim Kohlenausladen beschäftigte Arbeiter der Zuckerfabrik Kohlen in eine Kübel brachten, der durch den Kran in eine Höhe von 20 Meter befördert wird, löste sich plötzlich der Verschluß des Kübels und der Inhalt entleerte sich auf unmittelbar darunter stehende zwei Arbeiter. Schwer verletzt wurden diese in das Fabrikkrankenhaus geschafft.

* **Eilenburg**, 11. Jan. [In Ostafrika ertrunken.] In tiefe Trauer wurde die Familie des königlichen Hegemeisters Friedrich, Forsthaus Kämmerei, durch die amtliche Nachricht versetzt, daß ihr Sohn, der Unteroffizier Heinrich Friedrich, in Deutsch-Ostafrika am ersten Weihnachtsfeiertag beim Marsche in das Innere, der am 17. Oktober von Dar-es-Salaam aus angetreten wurde, ertrunken ist. Der hoffnungsvolle junge Mann, der erst am 25. September den afrikanischen Boden betrat, ist nur wenige Tage über 27 Jahre alt geworden.

* **Vom Brocken**, 10. Jan. [Witterungsbericht.] Unter Andauer der starken bis stürmischen Nordwest- und Südwestwinde hat sich das Wetter auf dem Brocken in den letzten Tagen weiter verschlechtert. Der dichte Nebel, begleitet von heftigem Schneefall und Schneegestöber hält seit Anfang der Woche mit wenig Unterbrechung auch heute noch an. In der letzten Nacht hat das Barometer mit 647 Millimeter seinen tiefsten Stand erreicht, und ist seitdem wieder langsam im Steigen begriffen. Heute hat der Südwest wieder stürmischen Charakter angenommen, er hat hauptsächlich auf den Brockenwegen starke Schneeverwehungen herbeigeführt. Die Saison für den Schneeschuhsport kann wieder als eröffnet betrachtet werden. (Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.)

— [Personalveränderungen in der Armee. Provinz Sachsen und thüringische Fürstentümer. Ernennungen, Beförderungen und Versetzungen.] Im aktiven Heer: Kalau v. Hofe, Lt. im Inf.-Reg: Fürst Leopold von Anhalt-Dessau (1. Magdeburg.) Nr. 26, am 2. Januar 1906 aus dem Heere ausgeschieden und am 3. Januar 1906 in der Schutztruppe für Südwestafrika angestellt. v. Harwald, Lt. im 7. Thür. Inf.-Reg Nr. 96, vom 8. Januar 19.6 ab auf zwei Jahre zur Dienstleistung beim Auswärtigen Amte kommandiert.

* **Roßlau**, 10. Jan. [Schiffsbau.] Einer Meldung aus Hamburg zufolge wurden der Werft der Gebrüder Sachsenberg G. m. b. H. hier sieben Zollkreuzer für die türkische Regierung in Auftrag gegeben. Im Laufe der letzten Jahre wurden auf der Werft bereits zwei Fahrzeuge an die Türkei abgeliefert.

* **Blankenburg** (Thür.), 11. Jan. [Ueberfahren.] Am Dienstag früh wurde auf dem Bahnkörper in der Nähe von Wolfsdorf der aus Böhlscheiben stammende alte Besenbinder Karl Krämer, genannt Liesens Krämer, tot aufgefunden. Ihm war der Kopf vom Rumpfe getrennt.

⊙ **Leipzig**, 10. Jan. [Feuerbestattung.] Die Stadt Leipzig hat dem „Verein für Feuerbestattung" zu Leipzig in entgegenkommender Weise ein Areal zur Erbauung eines Krematoriums in nächster Nähe des Völkerschlachtdenkmals kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Kosten der Erbauung werden sich auf 125,000 Mark belaufen, die durch verzinsbare Schuldverschreibungen zu 100 und 500 Mark und unverzinsliche Anteilscheine zu 50 Mark aufgebracht werden sollen.

⊙ **Leipzig**, 10. Jan. [Einen internationalen Juwelendieb] scheint man hier dingfest gemacht zu haben. Es ist der Elektrotechniker Karl Cramer aus Köln, der dringend verdächtig ist, in dem Leipziger Uhrengeschäft von Sieger am Thomaskirchhof bei einem Einbruch Uhren und Preziosen im Werte von 7000 Mark gestohlen zu haben. Er hat im Dezember v. J. in Hamburg in einem Juwelergeschäft Juwelen im Werte von über 30,000 Mark mitgehen heißen, wurde dann im Prater festgenommen, entkam aber auf dem Transport nach dem Polizeiamt. Den gestohlenen Schatz hat man in Wien wiedererlangt.

## Vermischtes.

**In der Konkurssache des braunschweigischen Gesandten von Cramm-Burgdorff** in Berlin, die im Zusammenhang mit den Verpflichtungen steht, die der Gesandte gegenüber der Baronin v. Königswarter in Hannover eingegangen war, wird dem „Hann. Anz." gemeldet: Baron v. Königswarter in Hannover wurde bei dem Zusammenbruch der „Wechselbeziehungen" zwischen v. Cramm und Frau v. Königswarter von einer Angelegenheit überrascht, von der er absolut nichts gewußt hat. In seinem Hause hatten in Gegenwart der Frau und des Hauspersonals bereits wiederholt Pfändungen durch den Gerichtsvollzieher stattgefunden, von denen Herr v. Königswarter nichts geahnt hat. Die Pfändungen geschahen ohne sein Wissen. Das Tollste aber ist, daß sämtliche gerichtlichen Zustellungen, Klageschriften, Urteile, Pfändungen usw. durch Frau v. Königswarter und das Personal angenommen und heimlich behandelt wurden, ohne daß der Hausherr davon wußte. In den gerichtlichen Verhandlungen sind Anwälte ohne seine Vollmacht aufgetreten, und haben Anerkenntnisse abgegeben. Die Staatsanwaltschaft hat nun ein Ermittlungsstrafverfahren gegen die unbekannten Geldgeber der Baronin wegen Wuchers und Betruges eingeleitet. Die ganze Sache dürfte sich zu einem regelrechten Sensationsprozeß entwickeln. Die Baronin v. Königswarter wird wegen Urkundenfälschung von der Staatsanwaltschaft zu Hannover steckbrieflich verfolgt. Danach hat also die Baronin das Weite gesucht.

**Von der Berliner Untergrundbahn.** In Berlin hat die städtische Verkehrsdeputation die Verträge mit der Hoch- und Untergrundbahn Siemens & Halske wegen Verlängerung der Untergrundbahn vom Potsdamer Platz nach dem Alexander-Platz und weiter bis zur Frankfurterstraße mit einigen unwesentlichen Renderungen angenommen. Die Sozialdemokraten stimmten dagegen. Die Untergrundbahn wird von der Frankfurterstraße bis Bankow als Hochbahn weitergeführt werden. An der Ausführung des Unternehmens ist nicht mehr zu zweifeln, weil die Firma Siemens & Halske die behördliche Genehmigung bereits erhalten haben.

**Schwere Ausschreitungen eines Gewaltmenschen** riefen am Dienstag abend in Charlottenburg große Aufregung hervor. Dort mißhandelte der Schuhmachermeister G. Meyerhoff seine Frau und seine beiden Kinder, sowie eine in demselben Hause wohnende Frau Orth schwer, und brachte dann auf der Straße dem gerade vorübergehenden Kutscher Rogge lebensgefährliche Verletzungen bei. Meyerhoff wurde nach harter Gegenwehr von mehreren Polizeibeamten verhaftet. Rogge, ein 40 Jahre alter nüchterner und arbeitsamer Mann, der sieben kleine Kinder zu ernähren hat, erlitt einen komplizierten Schädelbruch und wurde nach dem Krankenhaus Westend gebracht; sein Zustand ist sehr bedenklich.

**Waffendiebstähle und Spionageaffäre.** Die Diebstähle von Munition und Waffen bei der deutschen Militärverwaltung, über die wir gestern berichtet haben, wurden auch mit einer Spionage-Affäre in Verbindung gebracht. Wie die „Pos. Ztg." mitteilt, sind in die Untersuchungen Unteroffiziere einer sehr großen Anzahl von Regimentern, vornehmlich der Infanterie-Regimenter 140, 134, 46, 47 und 6 verwickelt. In Posen sind ein Sergeant des Infanterie-Regiments 46, sowie je ein Unteroffizier der Infanterie-Regimenter 6 und 47 und ein Unteroffizier des Königsjäger-Regiments, die als Schießunteroffiziere fungiert haben, verhaftet worden. Der letztere ist indessen auf Grund des Ergebnisses einer Gegenüberstellung mit dem in Untersuchungshaft befindlichen Hehler Behrend am Dienstag entlassen worden. Den übrigen zu Posen in Haft befindlichen werden nur Dienstkäfte an scharfen Patronen für das Infanterie-Gewehr Modell 98 zur Last gelegt, die kurz nach der Verhaftung des Behrend bei einer vorgenommenen Haussuchung in erheblichen Mengen vorgefunden wurden. Dieser Fund gab dem Untersuchungsrichter Veranlassung, nach dem Zwecke dieses Patronenankaufs zu forschen. Behrend, in die Enge getrieben, gestand ein, daß er die Patronen und auch Gewehre von einigen Unteroffizieren gekauft und sie durch den Waffenhändler Loll in Grünberg weiter vertrieben hat. Die darauf bei Loll vorgenommene Durchsuchung förderte ein ganzes Lager von Infanteriegewehren der Modelle 87/88 und 98 zu Tage. Gleichzeitig konnte durch die beschlagnahmte Korrespondenz ermittelt werden, daß die Gewehrlieferungen aus Königsberg, Graudenz, Hohensatza, Bromberg, ja sogar aus Metz und München erfolgt waren. Es wurde darauf die Verhaftung aller kompromittierten Militärpersonen angeordnet, und die Verhaftungen sind größtenteils durchgeführt worden. Auf Grund weiterer Feststellungen ist erwiesen, daß die gestohlenen Gewehre meist nach dem Auslande, speziell Rußland, vertrieben worden sind; auch ist festgestellt, daß ein Infanteriegewehr, Modell 98, mit Seitengewehr und Munition dem Spionagebureau in Paris geliefert ist. Den Umfang des Behrendschen Geschäfts kennzeichnet die Tatsache, daß in seiner Geschäftsstoffe sich Baarmittel von 8000 Mark befanden, die der gerichtlichen Beschlagnahme verfielen. — Wie der „Niederschles. Anz." aus Grünberg in Bestätigung der obigen Meldung erfährt, soll der Waffenhändler Loll, der vor einer Woche wegen Verdachts des Landesverrats verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis zu Posen gebracht wurde, bereits überführt worden sein, ein Infanteriegewehr des neusten Modells mit Munition und Seitengewehr an das Spionage-Bureau zu Paris abgegeben zu haben. Auch soll Loll Gewehre nach Rußland verkauft haben. Loll ist, wie jetzt bekannt wird, schon seit Wochen von Geheimpolizisten beobachtet worden, die ihn auf Schritt und Tritt verfolgten. Es wird sogar behauptet, daß ihn ein Geheimpolizist bei einer Reise nach Paris heimlich begleitet habe.

**Zu dem großen Brande in Hannover** schreibt der „Hann. Cour." nach unserm 10. d. Mts.: Ein Feuer von größerem Umfange entstand heute mittag „Am Marstall" in dem großen Oskar Wintersschen Lagerhause, das sich in seiner Front vom Neuen Hannoverschen Fiskal bis an die Marstallstraße ausdehnt. Im Dachgeschoß lagerten die Theaterdekorationen und sonstigen leicht brennbaren Dekorationsgegenstände und Utensilien des Dekorateurs Lückens; darunter befanden sich die Werkstätten und Materiallager. Das Feuer, das im mittleren Teile des Gebäudes beim Fahrstuhl zum Ausbruch kam, fand in den leichten Dekorationsgegenständen reiche Nahrung und eine außerordentlich schnelle Verbreitung, so daß bald der ganze Dachstuhl in Flammen stand. Die Feuerwehr, die unter Branddirektor Effenbergers Leitung mit ihren ganzen Spritzen und Fahrzeugen zur Stelle war und das brennende Gebäude von allen Seiten angriff, hatte eine harte Arbeit, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken und von den Nachbargebäuden, d. h. der Flucht der dicht daran liegenden Burgstraßen-Hintergebäude, abzuwenden, die schwer gefährdet und zum Teil auch schon von den Flammen, die der Wind hinübertrug, ergriffen waren. Gegen 2 Uhr war die größte Gefahr beseitigt und etwa eine Stunde später konnte das Feuer als gelöscht angesehen werden. Ganz bedeutenden Schaden hat der Dekorateur Lückens erlitten, da die Dekorationsstücke 2c. nur zum geringen Teil versichert waren. Mitverbrannt sind u. a. auch die eben vollendeten Dekorationen für die Lutherfestspiele in Bielefeld und die Automobilausstellung in Berlin.

**Erhaunung eines Hallenschwimmbades in Lübeck.** Der Senat in Lübeck gab seinen bisherigen, durch finanzielle Erwägungen begründeten Widerstand gegen die Erbauung eines großen, auch im Winter benutzbaren Schwimmbades auf.

**Verhaftete Raubmörder.** Aus Ochsenfurt meldet die „Augsb. Abendztg.": Die beiden Handwerksburschen Adam Meier und Franz Schantz, die am 4. Januar den Oekonomen Lehnert in Waick an der Staatsstraße ermordeten und beraubten, wurden hier verhaftet.

**Ueberfahren.** Auf der Bahnstrecke Katernberg-Hesler wurden die Bergleute Gebrüder Tellkamp vom Zuge überfahren und sofort getötet.

**70 Schweine ertrunken.** Auf einem Gutshof zu Wangerin im Kreise Dramburg gerieten gegen 70 Schweine auf das Eis des benachbarten Sees, das unter der Last nachgab; sämtliche Tiere ertranken.

**Erdbeben.** Gestern abend 9 Uhr 54 Minuten wurde in Monteleone ein heftiges Erdbeben verspürt. Es herrscht große Bestürzung. Schaden ist nicht angerichtet worden. — Im Prehburger Komitat wurde in der Nacht vom 9. zum 10. d. M. ein Erdbeben wahrgenommen, durch das an mehreren Orten Schaden angerichtet wurde. In Nados stürzten zwei Häuser ein. In Jablonicz wurden eine Kirche und ein Turm stark beschädigt.

**Gluthitze in Australien.** Der „Frkf. Ztg." wird aus Sydney gekabelt: Hier herrscht enorme Hitze, wodurch zahlreiche Brände in der Provinz verursacht werden. Bei Forbes brennen dreihundert Quadratmeilen, bei Gundagai tausende Acker Wiesenland. Die Verluste sind bedeutend. Zahlreiche Sonnenstiche und tödliche Hitzschläge sind gemeldet worden.

## Sport-Zeitung.

### Wassersport.

**Für die diesjährige Kieler Woche** hat der Kaiser fünf Preise ausgesetzt. Zu dem Cunnunterungspreis, den beiden Kaiserpreisen und dem Samoapokal, tritt noch ein neuer, der Silberhochzeitspokal, hinzu. Die neue Stiftung des Kaisers ist der zweiten Kreuzerklasse verliehen.

**Die Grünauer Kaiser-Regatta** wird in diesem Jahre am 10. und 11. Juni veranstaltet, während für die deutsche Meisterschafts-Regatta, die diesmal in Berlin gehalten wird, der 5. August in Aussicht genommen ist. Während der Meisterschafts-Regatta soll auch der Deutsche Rudertag, und zwar am 4. und 5. August, in Berlin abgehalten werden.

### Wintersport.

**Große Wintersportkämpfe im Oberharz.** Außer den großen Wettkämpfen, die Anfang Februar in St. Andreasberg stattfinden, sollen am 14. Januar Wintersportkämpfe in Clausthal im Harz veranstaltet werden. Die Schneelage im Oberharz ist zurzeit ausgezeichnet und für alle Arten des Schneesports geeignet. Die Wettkämpfe in der alten Bergstadt Clausthal werden bestehen aus Schneeschuhläufen und -Springen, aus Rennwettläufen und Wettrutschen. An allen diesen Kämpfen werden sich besonders die Bergakademiker der Stadt, mehrere norwegische Läufer und Mitglieder des Oberharzer Skiklubs beteiligen. Von großem sportlichen Interesse dürfte der Sprunglauf werden, ferner der Dauerlauf über 13 Kilometer, der Fernlauf über 4 Kilometer, der Dauerlauf, ohne Stock, der Rennwettlauf über 5 Kilometer und der Jugendlauf. Der Festplatz liegt bei der Zeche „Rheinischer Wein". — Die großen Veranstaltungen in St. Andreasberg werden die bedeutendsten diesjährigen Konkurrenzen bilden, die auf wintersportlichem Gebiete in Deutschland zum Austrag kommen. Von großem Interesse dürften die Schlittenfahrten in das Gebirge sein, die vorüberführen an den bereisten Wasserfällen und an den Wildfütterplätzen für Rotwild. Auch die Sprunglaufe der Schneeschuhläufer sind selbst für den Laien von so überwältigender Schönheit, daß die Besucher dieser Feste alljährlich wiederkehren, um die tollkühnen Springer zu bewundern.

### Jagd.

**Torgau**, 10. Jan. Bei der Treibjagd auf Cohdorfer Gemeindeflur wurden 86 Hasen zur Strecke gebracht. Die auf dem Scheibeschen Revier auf Wenzendorfer Flur abgehaltene Treibjagd brachte 41 Hasen. — Die von den Gutsbesitzern Krüger, Rast und Appelt auf Gemeindeflur Bietegast abgehaltene Treibjagd hatte ein Ergebnis von 111 Hasen.

**Bischofroda**, 9. Jan. Bei der Treibjagd in Holzzelle wurden nur 57 Hasen erlegt, ein schlechtes Resultat gegen frühere Jahre. Der Forstaufseher Reinknecht aus Bischofroda hatte bei der gestrigen Jagd das Glück, einen mächtigen Seeadler zu erlegen. Das Tier hat ein Gewicht von 8 Pfund und eine Flügelspannung von 2,50 Meter.

## Standesamtliche Nachrichten.

**Standesamt Halle N.** (Burgstr. 38), 10. Januar.

**Aufgeboten:** Arbeiter August Neßel und Wilhelmine Schrader geb. Sauer (Kapz 24).

**Geboren:** Arbeiter Paul Jünemann T., Martha (Saalwerderstraße 19). Former Otto Schöttig S., Walter (Dölauerstr. 6). Buchbinder Richard Wernecke T., Frieda (Uhlandstr. 11). Geschirrführer August Bauer T., Erna (Goethestr. 29).

**Gestorben:** Verwitw. Professor Cäcilie Mann geb. Junge, 75 J. (Mühlweg 12).

**Standesamt Halle S.** (Stelmweg 2), 10. Januar.

**Aufgeboten:** Schlosser Ferdinand Klischmann und Anna Giebel (Kuckengasse 7 und Gr. Steinstr. 25). Arbeiter Richard Baldauns und Minna Lange (Merseburgerstr. 3).

**Eheschließungen:** Kellner Richard Poppe und Luise Voth (Albrechtstr. 15 und Spitze 5). Schlosser Otto Mettin und Elsa Zesch (Bruchdorferstr. 10 und Landsbergerstr. 10).

**Geboren:** Böttcher August Geier T., Charlotte (Meckelstr. 26). Schuhmacher Wilhelm Böneke T., Gertrud (Taubenstr. 4). Schriftsetzer Hermann Muskacke S., Karl (Gr. Klausstr. 37). Kesselschmied Hermann Berger T., Else (Ludwigstr. 48). Brauer Otto Bystry S., Fritz (Ludwigstr. 2). Kaufmann Christian Pfeil S., Erich (Kaufmannerstr. 20). Lokomotivheizer Artur Herzog S., Kurt (Landsbergerstr. 55). Schriftsetzer Otto Rothenhäuser S., Kurt (Thomasiusstr. 3).

**Gestorben:** Bäckler Meyer Apelt, 57 J. (Delitzschgerstr. 70/71). Leutnant Gustav Wendenburg, 24 J. (Grünstr. 7,8). Arbeiter Otto Kopsch S. Max, 2 J. (Zwingerstr. 30). Weinhändler Christian Morgenthal, 47 J. (Krausenstr. 19).

**Auswärtige Aufgebote.**

Polizeibeamter Otto Kranz u. Minna Kresse (Warmsdorf und Holzweißig).

## Wetter-Aussichten.

auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte.

(Nachdruck verboten.)

12. Januar: Milder, meist bedeckt, Niederschläge, windig.
13. Januar: Heftiger Wind, bewölkt, vielfach Schnee, kälter.
14. Januar: Bewölkt, Niederschläge, starker Wind, normale Temperatur.
15. Januar: Kälter, bedeckt, vielfach Schnee, windig.
16. Januar: Frost, wolkig mit Sonnenschein.
17. Januar: Heiter bei Wolkenzug, kälter.

**Meteorologische Station zu Halle.**

| | 10. Jan. (9 Uhr 12. Min. ab.) | 11. Jan. (7 Uhr 12 Min. morg) |
|---|---|---|
| Barometer Millimeter | 746,1 | 751,4 |
| Thermometer Celsius | 3,7 | 3,0 |
| Rel. Feuchtigkeit | 77 % | 83 % |
| Wind | SW 2 | SW 2 |

Maximum der Temperatur am 10. Jan.: 7,3° C.
Minimum in der Nacht vom 10. zum 11. Jan.: 2,4° C.
Niederschläge am 11. Jan. 7 Uhr morgens: 1,4 mm.

Leitung: Otto Sonne.
Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann; für den lokalen Teil: Erich Beuthner; für Provinzialnachrichten: Albert Herling; für das Feuilleton: Dr. Arthur Ploch; für den Handelsteil: Ernst Böhme; für den Inseratenteil: Carl Romacker. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten. —

„Kupferberg Gold" (Mainz) zeichnet sich durch seine hervorragenden Eigenschaften, vorzüglichen Geschmack, leichte Art und große Bekömmlichkeit aus, und muß deshalb unter den verschiedenen Sectmarken als unübertroffen angesehen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19060111025/fragment/page=0003

# Hallesche Dampf-Waschanstalt

Fernsprecher 3182 **„Victoria“** Dessauerstrasse 5

wird **Montag, 15. Januar,** eröffnet

*und übernimmt die Reinigung von Haus-, Tisch- und Leibwäsche, sowie jede Art Plättwäsche, als Oberhemden, Kragen, Manschetten etc. etc. in ganz hervorragender Ausführung.*

**Spezialität: Gardinen-Wäsche.**

*Die Abholung erfolgt durch meine Wagen kostenlos und genügt zu Bestellungen 2 Pfg.-Postkarte oder Fernsprecher.*

---

## Friedmann & Weinstock

**Bankhaus, Leipziger Str. 12.**

Einlösung von Coupons.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Verzinsung von Barcinlagen.
Aufbewahrung und Verwaltung der Wertpapiere.
Schliessfächer in der Stahlkammer.

**Abteilung für Kuxe, Obligationen und Aktien ohne Börsennotiz.**

---

## Orientfahrt

mit dem transatlantischen Doppelschrauben-Postdampfer

**„Moltke“.**

**Abfahrt von Genua 20. Februar 1906.**

Besucht werden die Häfen: **Villafranka** (Nizza, Monte Carlo), **Syrakus, Malta, Alexandrien** (Kairo, Nil, Pyramiden von Gizeh und Sakkarah, Memphis rc.), **Jaffa** (Jerusalem, Bethlehem, Jericho, Jordan, Todes Meer rc.), **Beirut, Konstantinopel** (Fahrt durch den Bosporus), **Athen, Kalamaki** (Eleusis, Akrokorinth), **Nauplia** (Mykenä, Tyrinth), **Messina, Palermo** (Monreale), **Neapel** (Besuv, Pompeji, Capri, Sorrento, Rom rc.).
Wiederankunft in Genua 4. April 1906.
Reisedauer Genua-Genua 43 Tage.
Fahrpreise von Mk. 1000 an aufwärts.
Alles Nähere in den Prospekten.

**Hamburg-Amerika Linie,** Abteilung Vergnügungsreisen, **Hamburg.**

In **Halle a. S.: Georg Schultze,** Bernburgerstr. 32 I; in **Nordhausen: Arthur Heilbrun,** i. Fa.: L. Heilbrun & Co., in **Weissenfels: F. A. Lane.**

86

---

Der **Berliner Touristenklub Nord-Süd** unternimmt

## Billige Gesellschaftsreisen nach

## Italien

vom 19. Febr. — 10. März u. 5. — 25. März für 620 u. 650 Mk. Tour: Luzern, Genua (mit Lloyddampfer nach) Neapel, Pompeji, Vesuv, Capri, Amalfi, Rom, Tivoli, Florenz (Venedig), Mailand, Luzern.

## Orient

vom 26. Februar — 15. März und 12. — 29. März für 700 Mk. Tour: Budapest, Bukarest, Constantinopel, Smyrna, Athen, Korfu, Triest, Budapest.

Eisenb. u. Schiff II. u. I. Kl. (Expresszüge), Prima Verpfleg. inkl. Getränke. Ausführliche Prospekte (erscheinen am 15. Januar) werden kostenfrei abgegeben durch das Bureau **Berlin W. 8, Kronenstr. 15, Ecke Friedrichstr.**

Prima Referenzen! Prima Referenzen!

---

## Städt. Handelsrealschule zu Dessau.

**3 Klassen:** Tertia, Sekunda, Prima, bezw. U III, O III und U II.

**Ziel:** allgemeine Bildung bis zum Einjährigen-Zeugnis und gleichzeitig **zweckentsprechende Vorbildung** für den **kaufmännischen Beruf.** — Prospekte umsonst.

**Das Kuratorium.** Dr. Ebeling, Oberbürgermeister.

**Die Direktion.** Dr. Fr. Claussen, Direktor.

---

Ich habe mich in Oettstedt als

## Rechtsanwalt

niedergelassen.

Mein Bureau befindet sich Bahnhofstraße 13, im Hause des Kaufmanns Hilpert.

**Korkhaus,** Rechtsanwalt.

---

## R. Pauly,

Gerichtl. Taxator u. beeid. Auktionator, Annastraße 19, I., empfiehlt sich zur Anfertigung von Nachlasstagen und Abhaltung von Auktionen.

---

wird erzielt durch die

## Auer-Oslampe

**Billigste und beste elektrische Glühlampe**

Unerreicht in Brenndauer und Lichtkonstanz.

**Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft (Auergesellschaft)**
BERLIN SW. 13, Alte Jakobstr. 139.

Zu haben bei allen grösseren Installationsgeschäften.

---

## Damentuch,

Ia. Qualität, in neuesten Farben zu elegant. Promenadenkleidern, Billardtuch und **moderne Anzugstoffe** für **Herren und Knaben** versende billigst, jedes Maß. **Proben frei!**
**Max Niemer,** Sommerfeld N.-L.

---

**Neu! Tellerdeckchen** für gutes Geschirr.
**H. Schnee Nachf.,** Gr. Steinstr. 84.

---

## Ein Schmuck

ist ein zartes, reines Gesicht, rosiges jugendfrisches Aussehen, weisse, sammetweiche Haut und blendend schöner Teint.

Alles dies bewirkt nur die echte

**Steckenpferd-Lilienmilch-Seife**

mit Schutzm. Steckenpferd. à St. 50 ₰ bei **Alb. Schlüter Nchf. Gg. Uber, Apotheke z. Deutschen Kaiser, Kronen-Apotheke,** Otto Gabeler, **Heimbold & Co., M. Waltsgott Nchf., F. A. Patz, Ernst Jentzsch, C. Kaiser Nchf., Fritz Müller, G. Oswald Nchf., A. Steinbach, Herm. Stitz Nchf., Ludw. Grosskiaus, C. Kuhnt,** Germania-Drog., **Alfred Reubke** u. **Max Rädler,** in Giebichenstein **Felix Sioli,** in Ammendorf **Carl Troeger.**

---

## Einmalige Anzeige!

**Grosser**

# Räumungs-Ausverkauf

in

**Herren- und Knaben-Konfektion.**

Nach beendeter Inventur eröffne ich mit heutigem Tage in allen Abteilungen einen

**grossen Räumungs-Verkauf.**

Die

**Preise sind ganz bedeutend herabgesetzt,**

**teilweise bis unter den Einkaufspreis.**

Jeder zum Ausverkauf gestellte Gegenstand wird auf Wunsch aus dem Schaufenster herausgenommen.

! !

# S. Weiss,

**Halle a. S.,**

Grösstes Spezialgeschäftshaus der Provinz Sachsen.

---

## Fa. Gebrüder Baensch,

**Dölau Bez. Halle a. S.**

Gegründet 1872.

Dölau bei Halle a. S. Post- u. Eisenb.-Station. Eigener Gleis-Anschluss. Fernruf Halle 1137. Telegr.: **Baensch Dölaubzhalle.**

**Chamotte-Fabrikate**

hochfeuerfest, für alle Industrie-Zweige;

**Stampfcaolin,**

hochfeuerf. **Ton** und **Caolin** eigner Gruben.

**Chamotte-Mörtel,** fertig zum Gebrauch.

Beste Referenzen; Kosten-Anschläge, Offerten und Muster gratis.

---

Morgen Freitag abends von 5 Uhr an

**frische warme Blut- und Leberwürstchen.**

**W. Nietsch, Geiststraße 17.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19060111025/fragment/page=0004